

Peter Smuda  
Bismarckstraße 50  
45888 Gelsenkirchen

An  
Steuerberaterkammer Westfalen-Lippe  
Erphostraße 43  
48145 Münster

**Begründung zum Widerspruch vom Prüfungsergebnis der Prüfung vom  
12-14.12.2012 - Peter Smuda, Steuerfachwirtprüfung**

Sehr geehrte Damen und Herren,  
sehr geehrte Mitglieder der Steuerberaterkammer Westfalen-Lippe,

haben Sie bitte zunächst Verständnis dafür, dass die Beantwortung und Begründung des Unverständnisses des Ergebnisses meiner Prüfung einige Zeit bedurfte.

Ich widerspreche der Beurteilung, dass die Leistung ungenügend gewesen ist, sofern es tatsächlich der Fall sein sollte, dass ich zur Lösung der Aufgaben nur rechtsungültige Gesetze zur Verfügung hatte, die jeglicher Rechtsstaatlichen Grundlage entbehren.

Sollten die Steuergesetze aber nach rechtsstaatlichen Gesichtspunkten ihre volle hoheitliche Wirksamkeit haben, so wäre das Ergebnis von drei Mal ungenügend korrekt, denn tatsächlich habe ich keine der Aufgaben anhand der mir vorliegenden Steuergesetze gelöst - lediglich habe ich auf ca. 50 DIN A4 Seiten handschriftlich argumentiert, warum hier in der Bundesrepublik Deutschland meiner Erkenntnisse hernach der Rechtsstaat faktisch nicht mehr existiert und lediglich eine reine Verwaltung von Einwohnern des vereinigten Wirtschaftsgebietes erfolgt, welche zu unfassbaren gesellschaftlichen und sozialen Verwerfungen führt.

**Begründung:**

Es gibt mehrere Faktoren und Argumentationswege, aufzuzeigen, dass die Steuergesetze und die Steuererhebung unrechtmäßig sind und auf Täuschung und Willkür basieren und lediglich durch Angst vor Strafe von dem Steuerzahler gezahlt werden.

Zuerst würde ich, wie ich das bereits in dem niedergeschriebenen in der Prüfung festgehalten habe, auf den Elsterlizenzenvertrag eingehen.

Bis heute habe ich von niemandem eine plausible Antwort darauf, was in dem § 6 unter Schenkungsrecht zu verstehen ist.

Meines Erachtens nach erklärt sich durch die Akzeptanz des Lizenzvertrages der Steuerpflichtige und der Steuerberater konkludent, dass er die aus der elektronischen Erklärung ergebenden Schlussfolgerungen der übermittelten Zahlen nach den Steuergesetzen zu zahlenden Gelder an die Finanzverwaltung zu überweisen hat. Er geht einen Handelsvertrag ein. Freiwillig.

Als ich das erste Mal davon im Internet gelesen habe, habe ich es auch als eine völlige Spinnerei betrachtet und dies ignoriert.

Denn es ist für mich selbstverständlich, dass die Gemeinschaft der Menschen in einer Gesellschaft ihren Beitrag für die Gesellschaft leisten muss.

Dies sollte auch gerecht geschehen, unter Berücksichtigung der Schwachen, die aus unterschiedlichen Gründen ihren Beitrag nicht leisten können, trotzdem aber ein wertvoller Teil der Gemeinschaft sind.

Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich.

Nur zu dem Wortlaut des Elster-Lizenzvertrages, den man zwangsläufig akzeptieren muss, wenn diese Software benutzt werden soll.

Alle auf dem Markt befindlichen Steuerprogramme haben diesen Elster-Lizenzvertrag in ihrem Quellcode implementiert, so dass man bei der Installation anderer Software auch diesen Vertrag akzeptiert.

Auch mit Verträgen mit der DATEV eG - zwischen Steuerberatern und dem Softwareunternehmen - wird dieser Vertrag mit ratifiziert.

Somit werden alle elektronischen Steuererklärungen unter Einhaltung eben diesen Vertrages übermittelt.

Der § 6 des Elster-Lizenzvertrages im Bezug auf die Haftung.

## **6 Haftung**

(1) Die Haftung für die Verletzung von Amtspflichten (§ 839 BGB, Artikel 34 GG) wird durch diesen Vertrag und insbesondere § 6 nicht beschränkt. Unbeschränkt haftet die Steuerverwaltung in den Fällen der Verletzung von Leben, Körper und Gesundheit sowie nach dem Produkthaftungsgesetz.

Im Übrigen haftet die Steuerverwaltung nach den gesetzlichen Vorschriften des Schenkungsrechts.

Hier stellt sich tatsächlich die Frage, wer jetzt für eventuelle Schäden haftbar gemacht werden kann? Denn ich habe des Öfteren in der Realität erlebt, dass etliche Steuerbescheide schlicht falsch gewesen sind, und auch bei einem Einspruch der Sachbearbeiter keine Einsicht zeigte und den Einspruch als unbegründet zurückwies, weil er ein anderes Rechtsverständnis gehabt hat oder ihm die neuesten Richtlinien nicht bekannt gewesen sind oder er einfach nur den Gesetzestext anders „interpretiert“ hat.

Der § 6 des Elster-Lizenzvertrages bezieht sich zum Beispiel auf den Artikel 34 des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland.

Sollte ein Steuerpflichtiger doch mal nachschauen, was im Artikel 34 Grundgesetzes steht, so wird er lesen, dass der Staat (also die Allgemeinheit) im Falle eines Haftungsfalles haften wird. Und lässt sich damit beruhigen, dass im Falle eines Fehlers seitens der Finanzverwaltung er ja noch zu seinem Recht kommen kann, Schadenersatz zu verlangen, auf Kosten der Allgemeinheit.

Nur wird er nicht wissen, weil es auch einer tieferen Recherche und auch der Kenntnis der juristischen Gesetzmäßigkeiten bedarf, dass der Artikel 34 des Grundgesetzes lediglich eine haftungsverlangende Norm ist, im Gegensatz zum § 839 BGB, der eine haftungsbegründende Norm darstellt.

Letztendlich gab es zwar einen Versuch von der damaligen Regierung zum 01.01.1982 ein Staatshaftungsgesetz auf den Weg zu bringen, nur ist dies durch das höchste Gericht mit dem Urteil vom 19.10.1982 zur Frage der Verfassungsmäßigkeit des Staatshaftungsgesetzes als verfassungswidrig erklärt und damit nichtig. (Siehe Anlage Urteil des BunVerfG vom 19.10.1982)

Der Bezug in dem Elstervertrag auf den Artikel 34 des Grundgesetzes ist irreführend und täuscht den Steuerpflichtigen Sicherheit vor.

Ebenfalls der Bezug auf den Artikel 839 BGB ist irreführend und täuscht über eine angebliche Haftung, weil im § 12 des selben Lizenzvertrages verwiesen wird, dass auf diesen Vertrag ausschliesslich Deutsches Recht Anwendung findet mit Ausnahme des EGBGB.

Bedenklich finde ich, dass die Bedeutung des Kürzels EGBGB nicht ausgeschrieben ist, denn dann vielleicht würden mehr Rechtskundige stutzig werden und sich die Vertragsbedingungen genauer anschauen.

Denn wenn das Einführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuch keine Anwendung findet, kann sich der Steuerpflichtige nicht mehr auf den Artikel 839 BGB berufen, denn er kann nicht nachweisen, wann das BGB eingeführt worden ist, denn das steht nur in dem Einführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuch.

Ein Gesetz was nie offiziell eingeführt wurde, kann keine Wirkung entwickeln und gilt somit nicht.

Somit bleibt die Haftung nur bei den gesetzlichen Bestimmungen des Schenkungsrecht.

Für mich und für viele andere Bürger Deutschlands bedeutet das, dass wir freiwillig die Steuern zahlen dürfen, sie jedoch nicht müssen, wenn wir nicht wollen.

Also wir dürfen der Bundesrepublik Deutschland unsere Arbeitskraft gerne in Form von Geld bzw. Entlohnung zur Verfügung stellen, müssen wir aber nicht, wenn wir nicht wollen.

Das habe ich während meiner Ausbildung unter Schenkungsrecht verstanden. Es ist eine freiwillige Leistung an jemanden anderen, die keiner rechtlichen Grundlage bedarf.

Und hierbei habe ich ein großes Problem mit dieser Thematik und diesem Vertrag, denn bislang konnte mir keiner die Logik in diesem Vertrag plausibel erklären, dass dieser mich zwingen soll, Steuern an die BRD zu zahlen.

Ich habe schon gehört, dass es bezüglich der Schenkung sich um die kostenlose Überlassung der Software handelt und darauf wird im § 6 Bezug genommen. Doch dass die Software unentgeltlich überlassen wird, steht schon im § 2 des Vertrages.

Nur die einfache Überlassung der Software kann erstmal keine Wirkung entfalten, die eventuell einen Haftungsfall auslösen könnte. Der Verdacht liegt nahe, dass es sich hierbei um einen Täuschungsversuch seitens der bayerischen Landesregierung handelt, bei dem im Falle der Bekanntgabe des großen Schwindels, welcher anscheinend mit der Masse der Menschen hier betrieben wird, sich die Verantwortlichen darauf berufen können, dass alles offenkundig gewesen ist und der Steuerpflichtige letztendlich ja auch freiwillig sich bereit erklärt hat, die Steuern im Zuge des Schenkungsrechts zu bezahlen.

Weitere Unstimmigkeit ist das Zitiergebot des Artikel 19 Grundgesetz. Im Internet kursieren ebenfalls hierzu diverse Informationen und gut zusammengestellte Argumentationsketten, warum das Zitiergebot zwingend in ein Gesetz eingefügt werden muss, wenn Grundrechte eingeschränkt werden.

Spätestens seit dem 01.01.2002 ist das Umsatzsteuergesetz nichtig, nachdem im § 27 b eingeführt worden ist.

## § 27b Umsatzsteuer-Nachschau

(1) Zur Sicherstellung einer gleichmäßigen Festsetzung und Erhebung der Umsatzsteuer können die damit betrauten Amtsträger der Finanzbehörde ohne vorherige Ankündigung und außerhalb einer Außenprüfung Grundstücke und Räume von Personen, die eine gewerbliche oder berufliche Tätigkeit selbständig ausüben, während der Geschäfts- und Arbeitszeiten betreten, um Sachverhalte festzustellen, die für die Besteuerung erheblich sein können (Umsatzsteuer-Nachschau). Wohnräume dürfen gegen den Willen des Inhabers nur zur Verhütung dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung betreten werden.

(2) Soweit dies zur Feststellung einer steuerlichen Erheblichkeit zweckdienlich ist, haben die von der Umsatzsteuer-Nachschau betroffenen Personen den damit betrauten Amtsträgern auf Verlangen Aufzeichnungen, Bücher, Geschäftspapiere und andere Urkunden über die der Umsatzsteuer-Nachschau unterliegenden Sachverhalte vorzulegen und Auskünfte zu erteilen. Wurden die in Satz 1 genannten Unterlagen mit Hilfe eines Datenverarbeitungssystems erstellt, können die mit der Umsatzsteuer-Nachschau betrauten Amtsträger auf Verlangen die gespeicherten Daten über die der Umsatzsteuer-Nachschau unterliegenden Sachverhalte einsehen und soweit erforderlich hierfür das Datenverarbeitungssystem nutzen. Dies gilt auch für elektronische Rechnungen nach § 14 Absatz 1 Satz 8.

(3) Wenn die bei der Umsatzsteuer-Nachschau getroffenen Feststellungen hierzu Anlass geben, kann ohne vorherige Prüfungsanordnung (§ 196 der Abgabenordnung) zu einer Außenprüfung nach § 193 der Abgabenordnung übergegangen werden. Auf den Übergang zur Außenprüfung wird schriftlich hingewiesen.

(4) Werden anlässlich der Umsatzsteuer-Nachschau Verhältnisse festgestellt, die für die Festsetzung und Erhebung anderer Steuern als der Umsatzsteuer erheblich sein können, so ist die Auswertung der Feststellungen insoweit zulässig, als ihre Kenntnis für die Besteuerung der in Absatz 1 genannten Personen oder anderer Personen von Bedeutung sein kann.

Hier wird das Grundrecht auf die Unverletzlichkeit der Wohnung (Artikel 13 Grundgesetz) verletzt, jedoch findet sich im Umsatzsteuergesetz keine Information darüber, dass das Grundrecht eingeschränkt wird.

### **Artikel 19**

(1) Soweit nach diesem Grundgesetz ein Grundrecht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes eingeschränkt werden kann, muß das Gesetz allgemein und nicht nur für den Einzelfall gelten. Außerdem muß das Gesetz das Grundrecht unter Angabe des Artikels nennen.

(2) In keinem Falle darf ein Grundrecht in seinem Wesensgehalt angetastet werden.

(3) Die Grundrechte gelten auch für inländische juristische Personen, soweit sie ihrem Wesen nach auf diese anwendbar sind.

(4) Wird jemand durch die öffentliche Gewalt in seinen Rechten verletzt, so steht ihm der Rechtsweg offen. Soweit eine andere Zuständigkeit nicht begründet ist, ist der ordentliche Rechtsweg gegeben. Artikel 10 Abs. 2 Satz 2 bleibt unberührt.

Es ist eine Muß-Vorschrift, keine Kann-Vorschrift. Es ist unverständlich, warum diese Grundrechtsbeschränkung unter Angabe des Artikels nicht mit in das Umsatzsteuergesetz aufgenommen worden ist.

Auch eine Betriebsstätte gilt als Wohnung nach allgemeiner Rechtsprechung. Ferner haben viele Unternehmer ihre Betriebsräume auch innerhalb ihrer privaten Wohnung.

Das Verstoß gegen das Zitiergebot macht das gesamte Gesetz nichtig, es kann wohl auch nicht durch einen Nachtrag geheilt werden, sondern muss wohl ein komplett neues Gesetzgebungsverfahren durchlaufen.

Das sind nur zwei Punkte, auf die ich in meiner Prüfung eingegangen bin.

Ursächlich jedoch für die endgültige Entscheidung, die Prüfung eben in der Form abzulegen, war die Erkenntnis über die Zinseszinsproblematik die hauptsächlich ursächlich an der jetzigen „Finanzkrise“ ist.

Hinzu kam die Debatte über den Rettungsschirm - ESM - Europäischer Stabilitätsmechanismus - welche im ersten Halbjahr 2012 ihre volle Fahrt aufnahm und zur größten Verfassungsbeschwerde mit über 40.000 Nebenklägern seit bestehen der Bundesrepublik Deutschland führte.

Zufällig bin ich im April des Jahres 2012 im Internet auf das Video mit Steffen Henke, dem Geschäftsführer der „Neues Geld gGmbH“ zum Zinseszinsseffekt aus der Serie

„Wechselkurs“ - zu sehen auf [www.neuesgeld.net](http://www.neuesgeld.net) - gestossen, nachdem ich mir einige interessante Vorträge von Andreas Popp von der Wissensmanufaktur angeschaut habe und erstaunt über die scharfsinnige, fundierte und plausible Erklärung für die aktuelle Wirtschaftslage gewesen bin.

Dass die Guthaben und die Schulden durch den Zinseszins exponentiell wachsen, unaufhaltsam, mathematisch verifizierbar und dadurch zu unfassbaren Ungleichgewichten führen und auch verantwortlich für Kriege sind, konnte ich zunächst nicht „glauben“.

Ich dachte mir, dass es nicht sein kann, dass wir in so einem Schuldgeldsystem leben, welcher eigentlich ein Schneeballsystem ist, wo sich die Guthaben bei immer weniger konzentrieren und immer mehr Menschen immer weniger haben.

Gleichzeitig lerne ich in BWL bei meiner Vorbereitung, dass Zinsen, egal wie der Betrieb wirtschaftlich steht, immer gezahlt werden müssen.

Zinskritiker behaupten, dass die Zinsen niemals zurückgezahlt werden können, weil diese mit der Geldschöpfung nicht hergestellt wurden.

Beide Behauptungen können nicht richtig sein - jemand unterliegt demnach einem Denkfehler und hat nicht die Zusammenhänge verstanden oder blendet offenkundige Tatsachen aus, um eine Theorie aufrecht zu erhalten.

Dass die Guthaben bei einem Zinssatz von 7,18 % sich alle 10 Jahre verdoppeln und was die permanente Verdoppelung letztendlich an Geldmengen produziert und welche Schulden auf der „Verliererseite“ verursacht werden, ist einfach nicht begreifbar.

Ich habe Wochenlang immer wieder mir die Zahlen in Exceltabellen angeschaut, habe die Kurven beobachtet, und trotz Überprüfung der Zinseszinsformel, trotz manueller Rechenmethoden und trotz des gleichen Ergebnisses, konnte ich es nicht fassen, warum so ein System verwendet wird, welcher nur der Zerstörung dient und nur einigen Wenigen einen Vorteil bringt.

Bereits von Kleinkind werden wir darauf gedrillt, mit dem ersten Sparsbuch, mit dem ersten Sparschwein, Geld zu horten, um dafür mehr zu bekommen, ohne eigene Leistung.

Das in Frage zu stellen, bedeutet gleichzeitig viele andere Dinge auch in Frage zu stellen und letztendlich nach den Ursachen und Gründen suchen, warum es soweit gekommen ist und warum dies als etwas Gottgegebenes anzusehen ist, und es angeblich keine Alternativen gibt.

Hinzukommend, dass durch den ESM letztendlich die Bundesrepublik Deutschland jegliche fiskalen Rechte an eine übergeordnete, nicht demokratisch gewählte vor jedem Gericht immune und absolut diktatorische Institution abgegeben worden ist, welche jede egal wie gewählte Regierung bezüglich der hoheitlichen Rechte über ihre Finanzen für immer in fremde Hände abgegeben hat.

Die endgültige Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts steht zwar noch aus, doch es ist eine Verhöhnung des Bürgers, wenn am 12.09.2012 des Bundesverfassungsgericht unter Auflagen, dass die Haftungsgrenze bei 190 Milliarden für die Bundesrepublik Deutschland völkerrechtlich festgeschrieben bleibt, den ESM vorerst billigt.

Bereits zu diesem Zeitpunkt war die Haftung aus den TARGET2-Salden für die Bundesrepublik Deutschland höher, als die Haftungsgrenze aus dem ESM.

Nur welcher Otto-Normal-Verbraucher versteht die Zusammenhänge und hat Kenntnisse in der Bilanzierung einer Forderung, und was das Ausbleiben einer Forderung letztendlich bedeutet.

Die Menschen verlassen sich dann auf Experten, die wissen, wovon sie sprechen, weil dies ihr Fachgebiet ist.

Da eben die gesamten Finanzen für den Staat in Form von Steuern erhoben werden, sollten die steuerberatenden Berufe es am besten Verstehen, was die politischen Entwicklungen tatsächlich bedeuten und wohin die Reise gehen wird, wenn kein Umdenken in der breiten Bevölkerung stattfindet.

Aus dem Internetauftritt der Steuerberaterkammer-Westfalen-Lippe über das Berufsbild des Steuerberaters:

## "Mein Steuerberater"

Viele Menschen sprechen von ihm wie von einem Familienmitglied oder von einem langjährigen Begleiter: Der Steuerberater oder die Steuerberaterin nehmen häufig eine besondere Vertrauensstellung ein, die nicht selten über Jahre und Jahrzehnte der Zusammenarbeit entstanden ist und beide wie eine stabile Brücke verbindet.

Die Pfeiler dieser Brücke sind persönliche Integrität und kompetente, umsichtige Beratung. Dahinter steht ein hoher Anspruch, der auf strengen gesetzlichen Berufsgrundsätzen gründet. Dabei stehen die Interessen des Mandanten im Mittelpunkt: Er kann sich darauf verlassen, dass sein Steuerberater nicht nur hoch qualifiziert ist, sondern auch unabhängig, eigenverantwortlich, gewissenhaft und verschwiegen handelt.

Die steuerliche Beratung umfasst insbesondere die Rechnungslegung nach nationalen und internationalen Vorgaben, die Steuergestaltung und den steuerlichen Rechtsschutz. Die Beratung in privaten Vermögensangelegenheiten, die betriebswirtschaftliche Beratung sowie die Durchführung von gesetzlichen und freiwilligen Prüfungen sind weitere wesentliche Tätigkeitsfelder - diese beschreiben wir Ihnen ausführlich unter dem Menüpunkt "Berufsfeld Steuerberatung".



Es ist eben dieses Vertrauen, welchen die Menschen dem Steuerberater entgegenbringen, in dem sie selbst die Steuergesetzgebung nicht verstehen können (wie denn auch, es ist oft schwierig, selbst jemandem etwas plausibel zu erklären) und es ist



auch das Vertrauen der Mitglieder (ca. 90.000) an die Steuerberaterkammer, dass diese die Interessen ihrer Mitglieder schützt.

Ich hoffe, dass die Mitglieder der Steuerberaterkammer ihre persönliche Integrität bewahren, und dass sie tatsächlich unabhängig und eigenverantwortlich handeln.

Wobei mit der Unabhängigkeit ist es so eine Sache - wir sind alle von dem lieben Geld abhängig - und der Steuerberater ist abhängig von den Einnahmen durch die gestellten Rechnungen, die keine Gebühren mehr sind, sondern nur eine Vergütung für eine Dienstleistung.

Zu dem Zeitpunkt der Prüfung am 12,13,14. Dezember 2012 in der Münsterhalle war ich mir nicht ganz sicher, ob ich nicht völlig daneben liege, mit dem was ich da geschrieben habe.

Es hat mich sehr viel Überwindung gekostet, trotzdem diesen Weg zu gehen. Obwohl Menschen aus meinem Umfeld mit nahelegten, erstmal die Prüfung zu bestehen, dann weiter den Berater zu machen, und dann kann ich vielleicht was ändern.

Nur leider ist es so, dass man wohl nicht wirklich etwas ändern kann, weil das System sich selbst schützt und niemand in seinem Leben etwas wirklich grundlegendes ändern will, solange es noch gut geht. Aus Angst vor dem Unbekannten. Aus Angst, aus der Norm zu fallen, und aus Angst vor Ausgrenzung und vielleicht sogar aus Angst vor Repressalien.

Als Beispiel nenne ich den Steuerberater aus Berlin, Herrn Helmut Samjeske. Ich habe das Schreiben, was hier auch in der Anlage beigefügt ist, irgendwo im Internet gefunden.

Dann habe ich direkt nachgeschaut, ob er wirklich ein Steuerberater ist und dann in dem Verzeichnis der Bundessteuerberaterkammer gesucht und ihn leider nicht gefunden.

Also ist er ein Spinner, der sich nur einen Steuerberater nennt, ohne eine Bestellung zu haben. Könnte sein.

Ich habe aber auch gelesen, dass auch Rechtsanwälten, sobald sie die Autorität eines Richters in Frage stellen, ob er ein staatlicher Richter ist, sofort die Zulassung als Anwalt verlieren und somit auch ihre berufliche Existenz.

Abgesehen davon, dass ich die gesellschaftspolitischen Entwicklungen und die schnelle Überführung aller Kompetenzen entgegen dem Willen der europäischen Völker als derart bedenklich empfand, dass ich das Gefühl hatte, keine Zeit mehr verschwenden zu dürfen, der Kammer mitzuteilen, in welchen Fahrwassern wir und beruflich bewegen und auf was für dünnem Eis die wirtschaftlichen Existenzen vieler Menschen in diesem Land stehen.

Der „Glaube“ an die Überwindung der „Krise“ bedarf mehr „Vertrauen“ auf das „Unmögliche“, als jeder andere Glaube an einen übernatürlichen Schöpfer.

Denn es ist keine „Krise“ sondern ein „Dilemma“ vor dem wir stehen und meines Erachtens nach bedarf es eines Paradigmenwechsels, um das Schlimmste zu verhindern.

Dieser Wechsel findet statt und ich hoffe, dass es nicht zu viele Opfer geben wird.

Irgendwann im Januar 2013 dann habe ich ein Schreiben im Internet entdeckt, welches wohl in der Form an alle Finanzverwaltungen erging. Wohl zunächst an die Poststelle - damit auch der „kleine“ Sachbearbeiter es sieht - mit der Bitte um Weiterleitung an den Dienststellenleiter.

Das Schreiben der amtierenden Reichsregierung finden Sie ebenfalls in der Anlage. Ich habe selbstverständlich die Telefonnummer die dort vermerkt ist, angerufen und nach langer Zeit, weil ständig besetzt, konnte ich mit Herrn Lindenau telefonieren.

Das Deutschland immer noch ein besetztes Land ist, und dass wir immer noch keinen Friedensvertrag haben, liest man immer öfter im Internet.

Inzwischen hat sich eine gigantische Fülle an Informationsmaterial hierzu gesammelt, immer mehr Informationsseiten tauchen auf und immer mehr Menschen merken, dass irgendetwas hier nicht so ganz rund läuft.

Die Berichterstattung in den gängigen Medien ist so komplett anders, als in den alternativen Medien im Internet. Die sozialen Verwerfungen in den südlichen Ländern werden nicht in ganzer Dramatik bekannt gemacht.

Die Verunglimpfung von Beppe Grillo von der 5 Sterne Partei aus Italien in den Nachrichten und durch die bundesdeutschen Politiker ist so anders, als die Berichterstattung aus Italien oder die im Internet und auf Youtube zu findenden Interviews mit diesem Mann, zwar auf italienisch, aber mit deutschen Untertiteln, die wohl gut übersetzt sind, wenn ich mir die Bestätigung meiner italienischsprechenden Freunde einhole.

Ich bin mir nicht sicher, ob man diesen Prozess aufhalten kann, welcher gerade stattfindet.

Jedenfalls wird die Willkür der deutschen Justiz immer offensichtlicher. Recht haben und Recht bekommen sind zweierlei Paar Schuhe.

Interessant ist, dass ein Herr Mustafa Sürmerli aus Stade seit 1982 !!! sein Recht einklagen wollte und bis zum Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte durchgedrungen ist und ein Urteil gegen die Bundesrepublik Deutschland erwirkt hat, das die Rechtsstaatlichkeit der Bundesrepublik Deutschland in Frage stellt.

Der EGMR hat im Urteil EGMR 75529/01 SÜRMELEI / GERMANY am 08.06.2006 die Menschenrechtsverletzungen nach Art. 6 und 13 MRK in der BRD festgestellt. Dieses Urteil besagt im Tenor, daß ein wirksames Rechtsmittel gegen Rechtsmißbrauch und Billigkeitsrecht für die Einhaltung des Rechts auf ein rechtsstaatliches Verfahren in der BRD nicht gegeben ist. In einfachen Worten hart übersetzt bedeutet dies, daß die Bundesrepublik Deutschland kein wirksamer Rechtsstaat, sondern eine Illusion ist. Es ist daher belegt, daß in der Bundesrepublik Deutschland weder der effektiv-garantierte Rechtsweg noch die Rechtswegegarantie aus keinem Verfahren wirksam erreicht werden kann (Art. 100, 101 GG). Somit leiden alle Verfahren bereits förmlich an NICHTIGKEIT.

Dann findet man ausführliche Informationen zu der anschliessenden Rechtslage in der Bundesrepublik Deutschland auf etlichen, einschlägigen Internetseiten, welche die Bedeutung der Bundesbereinigungsgesetzen von 2006, 2007 und 2010 recht plausibel erklären.

Beispiel:

Alle staatlich deutschen Gerichte sind durch den Proklamationsbefehl Nr. 1 Ziffer III der Alliierten Militärregierung 1945 bis zu einem Friedensvertrag aufgehoben. Seit dem Jahr 2007 sind nur noch die Gerichte über Arbeitsstreitigkeiten und die Verwaltungsgerichte als Schiedsgerichte vorhanden. Die Arbeitsgerichte durch das AHK-Gesetz Nr. 35 und die Verwaltungsgerichte um Handlungen der Verwaltung der Alliierten (Bundesrepublik Deutschland) zu überprüfen und ggf. aufzuheben.

Quelle: <http://staseve.wordpress.com/2013/02/03/warum-in-deutschland-bis-zu-einem-friedensvertrag-keine-gerichte-existieren/>

Es sind wohl durch die Löschung der vielen Einführungsgesetze zu bestehenden Gesetzen diese aufgehoben worden.

Es gibt Behauptungen, dass es für nichts mehr hier in der Bundesrepublik Deutschland ein Gesetz gibt.

Es gelten wohl die Militärgesetze, die mir nicht wirklich bekannt sind, aber sicherlich interessant, sich diese mal genauer anzuschauen.

Warum werden keine Urteile mehr durch Richter eigenhändig unterschrieben?

Warum werden fast alle Schreiben von „Behörden“ gar nicht mehr unterzeichnet, mit dem Verweis auf die maschinelle Erstellung?

Es ist eine Täuschung im Rechtsverkehr, denn die einschlägigen Gesetztestexte, welche den Fall der fehlenden Unterschrift aufgrund maschineller Erstellung lediglich auf nicht postalisch zugestellte und vorher von einem Drucker ausgedruckte Korrespondenz bezieht.

Trotzdem muss der „Bürger“ bei jedem Verwaltungsakt seine Unterschrift leisten - warum? Wieso geht diese Pflicht nur in eine Richtung und ist nicht für beide Seiten bindend - in einem funktionierenden Rechtsstaat?

# Rechtskraft der Bereinigungs- gesetze

## Es gibt keine Staatsgerichte mehr

Michael Schreyer & Ingrid Schlotterbeck



Mit dem 30. November 2007 wurden viele Gesetze aufgehoben.



„Rechtskraft der Bereinigungs-gesetze durch Bundesjustizministerium voll bestätigt“ – Was heißt das? Das heißt: Ab dem 30. November 2007 gilt kein Gerichtsverfassungsgesetz, keine Zivilprozeßordnung (ZPO), keine Strafprozeßordnung (StPO) und das Ordnungswidrigkeitengesetz (OWiG) nur noch im Rahmen des Geltungsbereiches (§ 5 auf Schiffen und Flugzeugen).

Das bedeutet: Es gibt keine Staatsgerichte mehr. Gerichte sind sogenannte Freiwilligen-Gerichte. Alles erkennt ein Bewohner des Vereinigten Wirtschaftsgebietes seit dem 30.11.2007 freiwillig an. Freiwillig! Ganz sicher ohne diese Tatsache zu kennen. Denn wer hat die Bewohner darüber aufgeklärt? Etwa deren eigene Anwälte, die davon leben, sich an der Unwissenheit ihrer Mandanten zu bereichern? Und ganz sicher stillschweigend davon ausgehen, daß ihr Mandant „freiwillig“ (nicht mehr rechts-

wirksames) Recht und Gerichte anerkennt?

Auf Anfrage einer unserer Staatlichen Selbstverwaltungen beim Ministerium für Justiz, ob denn die Bereinigungs-gesetze Gültigkeit haben, wurde dies voll umfassend bestätigt. Es wurde auch bestätigt, daß die Gesetze aufgehoben wurden.

„Beide Gesetze über die Rechtsbereinigung sind somit voll wirksames Bundesrecht. Von ihrem Zweck her setzten sie älteres Recht, das keinen praktischen Anwendungsbereich mehr hat außer Kraft. Somit dienen diese Gesetze dazu, überflüssige Regelungen zu streichen und die Rechtsordnung insgesamt übersichtlicher zu machen“.

Es wurden mit dem 30. November 2007 viele weitere Gesetze aufgehoben. Alle Gesetze die keinen Geltungsbereich haben, kein Vorschaltgesetz haben oder gegen das Zitiergebot Artikel 19 Grundgesetz (GG) verstoßen sind in Zukunft von Haus aus nichtig, urteilte das Bundesverfassungsgericht.

„Nichtigkeit bedeutet, daß ein Akt, der mit dem Anspruch auftritt, das heißt, dessen subjektiver Sinn es ist, ein Rechts- und speziell ein Staatsakt



Gerichtsordnung zur Zeit Karl V.





zu sein, dies objektiv nicht ist und zwar darum nicht, weil er rechtswidrig ist, das heißt, nicht den Bedingungen entspricht, die eine höhere Rechtsnorm ihm vorschreibt. Dem nichtigen Akt mangelt jeder Rechtscharakter von vornherein,

so daß es keines anderen Rechtsaktes bedarf, ihm diese angemaßte Eigenschaft zu nehmen", so der Rechtsprofessor und Rechtsphilosoph Hans Kelsen.

Das Gerichtsverfassungsgesetz (GVG), die Zivilprozessordnung (ZPO), die Finanzgerichtsordnung (FGO), das Gesetz über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit (FamFG),

die Abgabenordnung 1977 (AO 1977) sowie das Umsatzsteuergesetz (UStG) sind ungültig, weil sie insbesondere alle zitiertpflichtige Gesetze im Sinne des Art. 19 Abs. 1 GG sind. Alle diese einfachen Gesetze greifen in zitiertpflichtige Freiheitsgrundrechte gemäß Art. 19 Abs. 1 Satz 1 GG ein. Wenn einfache Gesetze in zitiertpflichtige Freiheitsgrundrechte eingreifen, dann müssen diese einfachen Gesetze gemäß Art. 19 Abs. 1 Satz 2 GG

**Antwort des Bundesministeriums der Justiz vom 10. März 2011**

Vielen Dank für Ihre Anfrage vom 24. Februar 2011 bezüglich der Rechtsbereinigungsgesetze. Zu der Rechtskraft der Gesetze kann ich Ihnen folgendes mitteilen:

Das erste Gesetz über die Bereinigung von Bundesrecht im Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz vom 19. April 2006 (BGBl. I, S. 866) ist nach seinem Artikel 210 Absatz 1 in wesentlichen Teilen am Tage nach seiner Verkündung in Kraft getreten. Die Verkündung im Bundesgesetzblatt fand am 24. April 2006, dem Ausgabedatum des Bundesgesetzblatts Nr. 18 aus dem Jahre 2006 statt. Dementsprechend trat das Gesetz am 25. April 2006 in Kraft. Auch diejenigen Artikel, die nach Artikel 210 Absatz 2 besondere Inkrafttretensdaten haben, traten mittlerweile in Kraft.

Das zweite Gesetz über die Bereinigung von Bundesrecht im Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz vom 23. November 2007 (BGBl. I, S. 2614) hat eine ähnliche Inkrafttretensregelung in seinem Artikel 80, so dass ein Großteil der Regelungen am 30. November 2007, also einen Tag nach der Verkündung in Kraft trat. Die letzten Teilregelungen traten nach Artikel 80, Absatz 2 dieses Gesetzes am 1. Dezember 2010 in Kraft.

Beide Gesetze über die Rechtsbereinigung sind somit voll wirksames Bundesrecht. Von ihrem Zweck her setzen sie älteres Recht, das keinen praktischen Anwendungsbereich mehr hat, außer Kraft. Somit dienen diese Gesetze dazu, überflüssige Regelungen zu streichen und die Rechtsordnung insgesamt übersichtlicher zu machen. Ich hoffe, Ihnen mit dieser Erläuterung weiterzuhelfen...

das jeweilige einzuschränkende Freiheitsgrundrecht namentlich unter Angabe des Artikels im Gesetz nennen. Wobei unabhängig vom Zitiergebot nunmehr beim GVG und der ZPO auch noch die Vorschaltgesetze gestrichen wurden.

Das heißt nochmals: Bis auf das Schiedsgericht in der Arbeitsgerichtsbarkeit (AHK-Befehl Nr. 35), sind somit völkerrechtlich seit dem 30. November 2007 alle Gerichte in der Bundesrepublik Deutschland (Treuhandverwaltung der Alliierten) aufgehoben.

Aber die Gerichte sind ja noch vorhanden! Klar, aber als reine „Firmengerichte“ nach dem Seehandelsrecht (Admiralty Law). Das bedeutet völkerrechtlich gesehen: Sobald ein Vertrag geschlossen wird, gibt es eine Entscheidung. Man betritt mit dem Gerichtssaal



Ab dem 30. November 2007 gilt keine Strafprozessordnung (StPO) mehr.



Anwälte leben oft davon, sich an der Unwissenheit ihrer Mandanten zu bereichern. (Bild: „Der Procurator“ aus Jost Ammans Ständebuch von 1568.)

Hauptsitz des Bundesministeriums der Justiz in der Mohrenstraße in Berlin.



Absolut spannend und fast unglaublich ist die Löschung des Artikels 23 des Grundgesetzes - des Geltungsbereiches - von dem damaligen Außenminister James Baker am 17.07.1990 gelöscht. Und somit hatte die Bundesrepublik Deutschland keine staatsrechtliche Hoheitsgewalt mehr.

Dies wäre eventuell eine Erklärung dafür, warum bezüglich der Kreditvergabe der § 795 des Bürgerlichen Gesetzbuches zum 01.01.1990 aufgehoben wurde.

<b>Bürgerliches Gesetzbuch vom 18. August 1896</b>	
<b>Buch 2. Recht der Schuldverhältnisse</b>	
<b>Abschnitt 8. Einzelne Schuldverhältnisse</b>	
<b>Titel 24. Schuldverschreibung auf den Inhaber</b>	
<b>Paragraf 795</b>	
[1. Januar 1991]	
<b>1§ 795. (weggefallen)</b>	
[27. Juni 1954/29. Juni 1954-1. Januar 1991]	
<b>2§ 795. (1) [1]</b> Im Inland ausgestellte Schuldverschreibungen auf den Inhaber, in denen die Zahlung einer bestimmten Geldsumme versprochen wird, dürfen nur mit staatlicher Genehmigung in den Verkehr gebracht werden, soweit nicht Ausnahmen zugelassen sind. [2] Das Nähere bestimmt ein Bundesgesetz.	
(2) Eine ohne die erforderliche staatliche Genehmigung in den Verkehr gelangte Schuldverschreibung ist nichtig; der Aussteller hat dem Inhaber den durch die Ausgabe verursachten Schaden zu ersetzen.	
[27. Juni 1954/29. Juni 1954]	[1. Januar 1900]
<b>§ 795</b>	<b>§ 795</b>
(1) <i>[1]</i> Im Inland ausgestellte Schuldverschreibungen auf den Inhaber, in denen die Zahlung einer bestimmten Geldsumme versprochen wird, dürfen nur mit staatlicher Genehmigung in den Verkehr gebracht	(1) Im Inland ausgestellte Schuldverschreibungen auf den Inhaber, in denen die Zahlung einer bestimmten Geldsumme versprochen wird, dürfen nur mit staatlicher Genehmigung in den Verkehr gebracht <i>werden.</i>

Kann es sein, dass dies deswegen geschah, weil die Bundesrepublik Deutschland als eine Nicht-Regierungs-Organisation keine staatlichen Genehmigungen mehr erteilen konnte?

Waren die politischen Ziele der großen Parteien bis in die 80 Jahre die Wiedervereinigung Deutschlands in den Grenzen jenseits der Oder und Neiße?

Was ist dran, an den Aussagen, dass auch die unter polnischer Militärregierung besetzten Ostdeutschen Gebiete zum Wiedervereinigungsthema zur Debatte standen? Hat Herr Gorbatschow damals nicht eine Universität in Moskau damit beauftragt, die Rückabwicklung der polnischen Gebiete vorzubereiten? Und war er nicht darüber erstaunt,



dass Herr Kohl und Herr Genscher ihn darum baten, nur die ehemalige DDR zu erhalten und auf die weiteren Gebiete zu verzichten? Machterhalt?

War der Preis für die Wiedervereinigung die Aufgabe der D-Mark?

Inzwischen ist das politische Projekt des Euros mehr als gescheitert. Kritische Stimmen von damals wurden belächelt und ignoriert.

Bislang habe ich in der breiten Presse und den Medien keine wirkliche Alternative für eine echte Lösung gehört.

Diese sind aber gut ausgearbeitet da, wieso werden sie nicht gehört und unterstützt?

Den besten Lösungsvorschlag bislang für eine nachhaltige Wirtschaftsordnung sehe ich zur Zeit bei den Menschen der [www.wissensmanufaktur.net](http://www.wissensmanufaktur.net).

Neben dem fließendem Geld mit einer konstruktiven Umlaufsicherung, neben einem bedienungslosem Grundeinkommen, neben einer sozialen Bodenrechtsreform und einer freien Presse - wo alle Seiten zur Wort kommen können und die Menschen sich dann aufgrund der Vorlage der Information zu allen Möglichkeiten und Alternativen, eventuell andere Gedanken machen können.

Fast alle Informationen hierzu sind auf den Seiten der Wissensmanufaktur zu finden.

Ebenfalls die geschichtliche Entwicklung des Geldes als Schuldgeldsystem und ein Erzeugen des Geldes aus dem Nichts.

Inzwischen ist es schon ein offenes Geheimnis, dass die Geschäftsbanken das Geld durch die Kreditvergabe erzeugen.

Entgegen dem weitläufigen Irrglauben, dass bei einem Kredit der Kreditnehmer das Geld eines anderen geliehen bekommt, fällt immer mehr Menschen auf, dass diese erst mit der Unterschrift unter dem Kreditvertrag die Schulden erzeugt werden.

Dies hat auch ein Wirtschaftsjurist in Frankfurt - Hans Scharpf - erkannt und hat sich mit den Banken angelegt und auch bezüglich der Steuerzahlungen diese eingestellt, solange die Banken nicht das Gegenteil belegen.

Auf der Seite [www.geldhahn-zu.de](http://www.geldhahn-zu.de) kann man sich über die Fiat-Money-Problematik erkundigen und gleichzeitig Herrn Scharpf eine Vollmacht erteilen, damit die Aufklärung auch eine politische Größe bekommt und endlich gesamtgesellschaftlich debattiert wird.

Es ist ein Riesenbetrug der weit in die Geschichte zurückgeht.

Die Gründung der Federal Reserve Bank im Jahr 1913 als eine rein private Bank.

Das Bretton Woods Abkommen von 1944 der den Dollar (der von einer privaten Bank ausgegeben wird) als Weltleitwährung zu installieren.

Die Aufhebung des Goldstandards 1971 durch den Präsidenten Nixon.

Vielleicht konnte man dies als eine Verschwörungstheorie noch vor ein paar Jahren belächeln - aber die Fakten bezüglich unseres Geldsystems sind auch in dem Schulbuch für die Sekundarstufe II „Geld und Geldpolitik“ - welches durch die Deutsche Bundesbank kostenlos !!! ausgegeben wird zum Teil enthalten.

Auf Seite 74 des Buches ist zu lesen: „ Wenn eine Geschäftsbank einen Kredit gewährt, kann sie diesen in einem ersten Schritt dadurch finanzieren, dass sie - wie oben beschrieben - den entsprechenden Betrag an Buchgeld selbst schafft.

Jedenfalls ist ein verzinste Geldsystem welches sich in privater Hand befindet Gift für jede Gesellschaftsform und Fakt ist, dass dies auf Dauer immer wieder zu starken Verwerfungen führt und unfassbar viel Leid verursacht.

Es ist nicht ohne Grund ein Fakt, dass alle großen Weltreligionen den Zinseszins verbieten.

Auch die christliche Kirche hat bis zum Jahre 1705 das Zinsverbot aufrecht erhalten. Die islamische Welt verneint diesen bis heute.

Viele Aspekte des PLAN B der Wissensmanufaktur gehen wohl zurück auf den Sozialreformer und Finanztheoretiker Sylvio Gesell.

Wieso hört man über diesen Mann und seine Ansichten nichts in den Schulen? Wieso hört man nichts von dem Wörgl-Experiment, dass das Umlaufgesicherte Geld in Krisenzeiten die Wirtschaft aufrecht erhalten hat?

Wieso wird nichts im Zusammenhang darüber berichtet, dass nach dem I. Weltkrieg in München eine Räterepublik ausgerufen hat, deren Finanzminister Sylvio Gesell gewesen ist?

Und wieso hat man diese „Bewegung“ blutig niedergeschossen?

Wieso wurde damals Gesell nach seinem Plädoyer zur seiner eigenen Verteidigung freigesprochen?

Könnte es vielleicht sein, dass wenn man ihn seine Idee damals gewähren ließe, diese sich mit dem Freigeld herumgesprochen hätte, bei einer damals noch staatlichen Reichsbank es dann eine gerechte Geldordnung gegeben hätte, die danach kommende Wirtschaftskrise nie gegeben hätte und damit auch keinen Nährboden bei dem deutschen Volk für die NSDAP aufgrund der Massenarbeitslosigkeit entstehen könnte?

Leider können wir nicht sagen, was dann wäre.

Aber irgendwie wird immer auf alles und jeden geschossen, der sich dem Dollar nicht unterwerfen will.

Heute immer noch von humaner Kriegführung zu sprechen klingt wie eine Verhöhnung alle Toten, die für dieses leidvolle, nie Enden wollende Theater ihr Leben gelassen haben.

Ich weiß nicht mehr, wie ich meinen Widerspruch begründen soll, letztendlich habe ich still und leise gehofft, dass die unabhängige Steuerberaterkammer ihre Mitglieder davor warnt, dass ihre Mandantschaft die Steuererklärungen nach Schenkungsrecht abgeben und lediglich mit diversen Firmen nach Handelsrecht kooperieren.

Hierzu füge ich eine Zusammenfassung eines unbekanntem Autors über die Firmenstrukturen in der Bundesrepublik Deutschland.

Ferner will ich drauf verweisen, dass sich bereits internationale Anwälte darauf spezialisiert haben, Steuern, Bußgeldbescheide, OWiG-Gelder wieder für ihre Mandanten zurückzuholen.



Zum Beispiel die Bürgerkanzlei v. Andechs, welche für Menschenrechte eintritt, wozu sich das deutsche Volk nach dem Grundgesetz bekennt.

### Kontakt und Terminvereinbarung

Bürgerkanzlei v. Andechs  
POSTOFFICE:  
Friedrichstraße 171  
D-10117 BERLIN

Unsere Bürgerberatungsbüros - D -  
Augsburg-Berlin-Chemnitz-Düsseldorf-  
Hamburg-Hannover-Köln-Dresden-  
Ulm-München-Frankfurt a.M.-Nürnberg-

Telefon:  
Telefonisch sind wir für Sie  
erreichbar von 09:30 - 12:00 UHR  
zu finden unter "Unser Team"  
Telefax:  
**zu finden unter "Unser Team"**  
E-Mail  
info@my-graf-von-andechs.de  
anfrage@kanzlei-gva.com  
Oder nutzen Sie unser **Kontaktformular**.

---

### Aktuelles

Eigentlich müssen Bürger in diesem Land mittlerweile gar **keine Steuern** mehr bezahlen, doch wer weiß das schon.

Liebe Hartz4 oder ALG2 Empfänger:  
das Grundeinkommen: Eine nette Idee, aber leider nicht finanzierbar? Falsch!

Die Eingliederungsvereinbarung verstößt gegen das Grundgesetz und Ihre Menschenrechte, lesen Sie mehr dazu hier...  
**Alle Meldungen**

## Das Team für Ihre MENSCHENRECHTE der Kanzlei GvA

Wir stehen für Kompetenz und langjährige Erfahrung zum "Stillstand der Rechtspflege" in der BRD.  
Lernen Sie uns hier besser kennen.

---

US Lawyer Group LLC, Tampa, Florida

US Fachanwaltskonsorzium sowie

Ankläger bei Amerikanischen Gerichten


Kontaktanwälte für und zu US Gerichten

**Fachgebiete:**

- „Alien Tort Claims Act“
- Zivilrecht
- Gewerberecht
- Verkehrsrecht
- Ordnungswidrigkeiten
- Steuerrecht
- Vollstreckungen & Pfändungen
- Universal Law, Common Law
- UCC (Uniform Commercial Code für US Norm)
- UCC Doc No. 2012103593

**Mitgliedschaften:**

- Internationale Anwaltskammer Conseil des Barreaux de l'Union Européenne (CCBE)
- Zugelassen beim ECHR Strasbourg und ICC Den Haag
- Beobachter & Berichterstatter für Human Rights Watch



Noch abgehobener ist der OPPT (One People's Public Trust), der behauptet, dass seit dem 25.12.2012 alle Regierungen, Banken, Währungen etc. Zwangsvollstreckt worden sind und nun jeder persönlich haftet, für das was er tut.

Siehe hierzu: <http://www.peoplestrust1776.org>

Es gibt entsprechende „Höflichkeitsmitteilungen“ „Courtney Notice“ die dann an entsprechende Menschen geschickt werden können.

Es geht wohl um das UCC-Recht - das Uniform Commercial Code, wonach alle Regierungen weltweit gehandelt haben / oder gehandelt haben.

Die Bibel im Handelsrecht - heißt es.

Und angeblich haben sich die Regierungen nach systemeigenen Regeln selbst zwangsvollstreckt wegen Betreibung von illegalen Sklavensystemen und einer privaten Bankwirtschaft.

Jedenfalls - sofern die Steuerberaterkammer als unabhängige Körperschaft des öffentlichen Rechts - die Aufgabe hat, ihre Mitglieder zu schützen, so wundert es mich, warum die Mitglieder nicht über den Sachverhalt des Schenkungsrechts aufgeklärt werden.

Hierbei stellt sich aber die Frage, ob die Kammer tatsächlich eine Körperschaft des öffentlichen Rechts ist, die durch einen Hoheitsakt begründet wurde und auch nach der

Löschung des Artikels 23 Grundgesetz diese behalten hat, oder ist dies auch eine Täuschung?

Wieso aber wird auch die Steuerberaterkammer Westfalen-Lippe im Firmenverzeichnis von Dun & Breedstreet geführt - unter der D-U-N-S- Nummer: 342084055 ?

## UPIK® Datensatz - L

L	Eingetragener Firmenname	Steuerberaterkammer Westfalen-Lippe
	Nicht eingetragene Bezeichnung oder Unternehmensteil	
L	D-U-N-S® Nummer	342084055
L	Geschäftssitz	Erphostr. 43
L	Postleitzahl	48145
L	Postalische Stadt	Münster
	Land	Germany
W	Länder-Code	276
	Postfachnummer	
	Postfach Stadt	
L	Telefon Nummer	0251417640
W	Fax Nummer	025155484
	Name Hauptverantwortlicher	
W	Tätigkeit (SIC)	7291

**Weitere Optionen:**

Möchten Sie zurück zur UPIK® Suche?  
Bitte auf UPIK® Suche klicken.

Sie möchten kostenlos Ihre Stammdaten ändern?  
Sie müssen sich zuvor identifizieren.  
Dann bitte hier klicken:

Sie finden keine entsprechende D-U-N-S® Nummer im aktuellen UPIK® Bestand oder möchten kostenlos eine neue D-U-N-S® Nummer beantragen?  
Bitte auf Neu anlegen klicken.

[UPIK Suche](#)

[Daten ändern](#)

[Neu anlegen](#)

Also nehmen wir mal an, diese „Behauptungen“ stimmen so und es wird zu einem gesellschaftlichen Konsens, und die Bürger werden ihre zu unrecht gezahlten Steuern zurückfordern, mit denen Kriege und Bankrettungen finanziert worden sind.

Ich halte es für unwahrscheinlich, dass die Finanzverwaltungen als Firma die Rückzahlungen veranlassen werden - oder werden können.

Die Sachbearbeiter, solange Sie die Bescheide nicht unterschreiben, können demnach auch nicht belangt werden.

Für den betrogenen Steuerzahler bleibt dann wohl nur noch der Steuerberater, der ihn nicht auf die Freiwilligkeit im Elstervertrag hingewiesen hat und ihm überlassen hat, ob er die Steuern zahlt oder nicht.

Ihn kann er eventuell rechtlich belangen, weil er ihn darüber nicht aufgeklärt hat.

Fast wegen jedem Mist lässt man sich alles mögliche abzeichnen, um später nicht in die Haftung zu kommen.

Wieso wird bei dem Sachverhalt so geschwiegen? Sollte dies zutreffen, so kann sich der Steuerberater auf seine Haftpflichtversicherung nicht verlassen, denn bei grober Fahrlässigkeit (nicht den Lizenzvertrag gelesen zu haben) wird die Haftpflichtversicherung nicht greifen und oft als Freiberufler dann mit seinem gesamten Privatvermögen einstehen müssen, um eventuell die Zahlungen an die Finanzverwaltung für den Mandanten zu erstatten.

Ich habe das aber auch in meiner Prüfung angedeutet bzw. geschrieben, und für mich sehe ich keinen Sinn darin, den Beruf des Steuerberaters weiterhin in Betracht zu ziehen, sofern diese Haftungsfrage nicht endgültig geklärt ist.

Sofern sowieso nicht wieder die Rechtsstaatlichkeit wieder einkehrt, wo jedermann, ohne Ansehen der Person, zu seinem Recht kommen kann.

Wie bereits gesagt, als ich die Fortbildung im Januar 2012 began, habe ich einen Anspruch an mich gestellt, wirklich zu verstehen was ich da lerne. Zu diesem Zeitpunkt glaubte ich noch, dass alles nach rechtsstaatlichen Dingen läuft. Bis ich Fragen stellte, und von Dozenten keine Antworten bekam.

Erstmal waren es nur Verständnisfragen zum Steuerrecht, denn die gleiche Frage könnte mich auch mal ein Mandant fragen und die würde ich ihm gerne kompetent beantworten.

Doch nach und nach, als ich auch die ganze Fülle der Ergänzungslieferungen gesehen habe, die ständigen Änderungen, dass selbst die Dozenten teilweise nicht mehr wussten, was sie im Skript haben. Ob die neueste Richtlinie aus Brüssel bereits berücksichtigt worden ist, oder nicht... kamen mir Zweifel auf, ob man das heutige Steuerrecht überhaupt noch beherrschen kann.

Letztendlich sind diejenigen, die noch irgendwo im Berufsleben stehen, so mit der täglichen Arbeit „beschäftigt“, dass es kaum noch Zeit gibt, und oft auch hat man keine Lust mehr, sich mit den ganzen Themen genauer von der Pike an zu befassen.

Letztendlich ist das Prüfungsergebnis weniger relevant, als meine Frage.

Haben wir rechtsgültige Steuergesetze, die auf einen souveränen Staat zurückzuführen sind und der Bürger verpflichtet ist die Steuern zu zahlen um das Wohl der Allgemeinheit zu fördern und die Aufgaben eines Staates zu erfüllen - Recht und Ordnung und Schutz der Zivilbevölkerung zu gewährleisten.

Oder sind es Schenkungen, die dann durch Willkür und Täuschung und Vorspiegelung einer Staatsgewalt bei den Menschen eingetrieben werden unter Androhung von Zwangsgeldern, Haftstrafen und sonstigen Drohungen um den Menschen klein zu halten und Angst zu verbreiten.

Die aktuelle mediale Hetzte gegen Uli Hoeness ist so ein Beispiel dafür. Was ist den moralisch verwerflicher - die Hinterziehung von mehreren Millionen durch einen einzigen Menschen, oder die Veruntreuung von Milliarden für sinnlose Bankrettungen und die Investition in Kriegsproduktion und Kriegstreiberei.

Ich denke nicht, dass Herr Hoeness ins Gefängnis kommen wird, denn laut der UN-Menschencharta darf kein Mensch seiner Freiheit beraubt werden, nur weil er seine vertraglichen Verpflichtungen nicht nachkommt.

Ich weiß nicht, wie weit in der Bundesrepublik Deutschland irgendwelche Völkerrechte oder Menschenrechte eingehalten werden, aber Fakt ist:

‚Nimm das Recht weg – was ist dann ein Staat noch anderes als eine große Räuberbande‘, hat der heilige Augustinus einmal gesagt.

Mit freundlichen Grüßen

Peter Smuda

Gelsenkirchen, den 21.05.2013

**Anlagen:**

**Urteil zum Staatshaftungsgesetz**

**Schreiben an die Finanzverwaltung von dem Deutschen Reich**

**Zusammenstellung über die Firmenstrukturen in der Bundesrepublik Deutschland**